



Newsletter „Eimischen“

Ausgabe 1/2025 | 17. Dezember 2025

Inhalt

Editorial	2
Förderung politischer Partizipation	3
<i>Dein Senf für Köln</i>	3
<i>Broschüre „Bitte Einmischen“</i>	3
<i>Debattieren für Alle!</i>	4
<i>Chorweiler in Ton</i>	4
Öffentlichkeitsbeteiligung aktuell	5
<i>Ratsbürgerentscheid für Olympia</i>	5
<i>1. Kölner Bürgerrat</i>	6
<i>Bebauung der Köln Arcaden: So geht Beteiligung nicht!</i>	6
<i>Ost-West-Achse – Stand der Dinge</i>	7
Infrastruktur der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung	8
<i>Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung</i>	8
<i>Finaler Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung</i>	9
Kölner Akteure für Engagement und Beteiligung	10
<i>Veedelsblocks auswählen</i>	10
<i>NSU Mahmnal – Stand der Dinge</i>	12
<i>Noch ´ne Genossenschaft – Stand der Dinge im Petershof</i>	13
<i>Stadtrevue: Kollektiv wird Genossenschaft</i>	13
<i>Mülheimer Süden – Stand der Dinge</i>	14
<i>Tempo 30 auf der Luxemburger Straße: Erfolg für die „Interessengemeinschaft Lebenswerte Lux“</i>	15
Forum Partizipation	15
<i>„Verantwortungsgemeinschaft“ oder: Ko-Produktion einer guten Entwicklung unserer Stadt</i>	16
Hinweise, Tipps, Veranstaltungen, Literatur und anderes mehr zum Thema "Partizipation"	17
<i>Förderung von Vielfaltsgestaltung, Demokratie und Extremismusprävention – Aufruf zur Interessenbekundung</i>	17
<i>Fördermöglichkeiten im Bereich Demokratiearbeit – eine Übersicht auswählen</i>	18

<i>Praxishilfen für inklusive, deliberative und wirksame Bürgerbeteiligung auswählen</i>	18
<i>Kursbuch Bürgerbeteiligung – 6. Ausgabe erschienen</i>	18
<i>Seminare des Berlin Institut für Partizipation in 2026</i>	18
<i>Netzwerk Demokratie und Beteiligung – Jubiläumstreffen am 12. Juni 2026 in Köln</i>	18
<i>Verschiedene Hinweise und Termine</i>	19
Impressum	20

Editorial

Liebe Beteiligungsinteressierte,

hiermit erhalten Sie endlich wieder unseren Newsletter Einmischen!, der nun wieder vierteljährlich erscheinen wird.

Nach einigen Unsicherheiten zum Jahresbeginn wegen der prekären Haushaltslage der Stadt Köln, konnten wir letztendlich wieder mithilfe der städtischen Förderung unsere Arbeit zur Förderung politischer Teilhabe voll fortsetzen.

Mit mehreren eigenen Projekten und Medien haben wir wieder Impulse für die politische Teilhabe gegeben – unter anderem mit der Broschüre „Einmischen!“, mit Debattierformaten und der Ideenentwicklung für Chorweiler drei Tonnen Ton.

Wir möchten auch noch mal alle Menschen in Köln ermutigen, unsere Ideen- und Partizipationsplattform „Dein Senf für Köln“ zu nutzen. Auch hierzu mehr in diesem Newsletter.

Wir berichten über die neuesten Entwicklungen bei der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung und ihrer Infrastruktur.

Zahlreiche stadtgesellschaftliche Akteure sind in Köln unterwegs, um Köln zu einer noch lebenswerteren Stadt zu machen. Einige dieser Initiativen stellen wir wieder vor.

In der Rubrik „Forum“ gibt unser Autor Dieter Schöffmann Hinweise, wie die von unserem neuen Oberbürgermeister Burmester proklamierte „Verantwortungsgemeinschaft“ Praxis werden kann.

Schließlich informieren wir über interessante Publikationen zu Beteiligungsfragen und -methoden, Seminare und andere Veranstaltungen.

Wir wünschen Ihnen viel Partizipations-Inspiration bei der Lektüre, frohe Festtage und einen guten Übergang in das neue Jahr.

Ihr Redaktions-Team „Einmischen!“

Förderung politischer Partizipation

In dieser Rubrik informieren wir über Aktivitäten und Maßnahmen des Bereichs "Politische Partizipation" der Kölner Freiwilligen Agentur.

KFA/Politische Partizipation auf Social Media



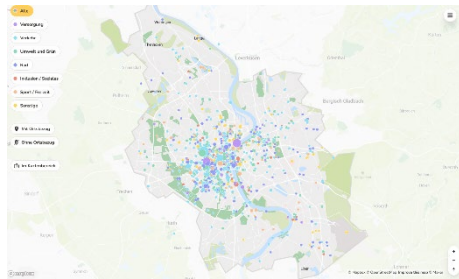
Unseren Newsletter verstehen wir als Angebot, sich einen Überblick das politische Stadtgeschehen und die Entwicklung der Beteiligungskultur in Köln zu verschaffen. Newsletter sind allerdings leider nicht immer tagesaktuell. Deshalb informieren wir Euch auch auf unseren Social Media Seiten über Veranstaltungen und Aufrufe von Initiativen, Vereinen, Bürgerzentren etc., aber auch über städtische Beteiligungsverfahren und Informationsveranstaltungen. Folgt uns auf:

[Facebook](#) [Instagram](#)

und bei nebenan.de auf unseren accounts für: [Ehrenfeld](#) [Chorweiler](#) [Kalk](#) [Innenstadt](#) [Rodenkirchen](#) [Lindenthal](#) [Mülheim](#) [Nippes](#) [Porz](#)

Über städtische Beteiligungsverfahren informiert außerdem <https://meinungfuer.koeln/>

Dein Senf für Köln



Zur Erinnerung: Mit „[Dein Senf für Köln](#)“ steht allen Kölnerinnen und Kölnern seit 2022 ein großartiges, kartenbasiertes Tool zur Verfügung, um Kritik, Ideen und Verbesserungsvorschläge für ihre Stadt einzubringen und zu sehen, was andere vorgeschlagen haben.

Eure Beiträge werden von uns in der Kölner Freiwilligen Agentur / Politische Partizipation regelmäßig gesichtet

und beantwortet – mit Hinweisen, an wen Ihr Euch wenden könnt, wo in der Stadt vielleicht Mitsstreiter:innen zu finden, welche politischen Gremien ggf. zu kontaktieren sind u.s.w.

Nachdem es auf der App zuletzt recht ruhig geworden ist, möchten wir auf diesem Wege an dieses tolle Angebot erinnern!

Entwickelt wurde Dein Senf für Köln von dem Kölner Startup [Senf.app](#) (Fuhr Morino Wild von Hohenborn Gbr), betreut wird sie von der Kölner Freiwilligen Agentur / Politische Partizipation.

Broschüre „Bitte Einmischen“



Die neue Infobroschüre des Bereichs Politische Partizipation der Kölner Freiwilligen Agentur ist erschienen: „Melden – Mitreden – Anstoßen – Engagieren“ stellt die wichtigsten Möglichkeiten, sich in Köln – und darüber hinaus – politisch zu engagieren vor: 14 Seiten im Jackentaschenformat, kurz, bündig und praxisorientiert. Vom Melden eines überquellenden Mülleimers über die Teilnahme an städtischen Beteiligungsverfahren oder die Gründung einer Bürgerinitiative bis hin zum Aufsetzen von Petitionen auf Landes- und Bundesebene. Zum politischen Engagement zählt hier auch das „klassische“ Ehrenamt – als Beitrag zu einer offenen und solidarischen Gesellschaft. Die Broschüre ist erhältlich in der Kölner Freiwilligen Agentur, Clemensstr.

7, 50676 Köln oder als PDF zum Download: <https://koeln-freiwillig.de/wp-content/uploads/2025/12/250603-Einmischen-Broschuere.pdf>

Produziert mit Förderung der Dr. Jürgen Rembold Stiftung zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements

Debattieren für Alle!



Debattieren stellt eine der Grundfertigkeiten für die aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen dar. Deshalb ist uns im *Bereich Politische Partizipation* der *Kölner Freiwilligen Agentur* die Förderung der Debattenkultur an Kölner Schulen eine Herzensangelegenheit. Viele weiterführende Schulen in Köln haben nicht die Ressourcen, eine Debattier-AG anzubieten – weil das Kollegium oft mit dem Regelunterricht und dem bereits existierenden

Ganztagsangebot ausgelastet ist oder der Träger des Ganztags Debattieren nicht „im Angebot“ hat.

Unter dem Titel **Debattieren für alle!** bietet die Kölner Freiwilligen Agentur Kölner Schulen an, in ihren Ganztagen Debattier-AGs einzurichten, angeleitet und betreut von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die wir als *Kölner Freiwilligen Agentur / Bereich Politische Partizipation* vermitteln, ausbilden und betreuen. Mit unserem Angebot möchten wir insbesondere Haupt-, Real- und Gesamtschulen ermöglichen und ermutigen, Debattier-AGs anzubieten.

Das Projekt wird unterstützt durch das Förderprogramm „Hier mit Herz“ der Sparkasse KölnBonn.

Wenn Sie Interesse haben, eine Debattier-AG anzuleiten oder an Ihrer Schule eine solche einrichten möchten, nehmen Sie gerne Kontakt zu uns auf: beteiligen@koeln-freiwillig.de
Tel. 0221-888278-16

Chorweiler in Ton



Im Vorfeld der Kommunalwahl hat sich vor einem guten halben Jahr das „Bündnis für Chorweiler“ gegründet, um sich für Demokratie und eine Steigerung der Wahlbeteiligung im Stadtbezirk einzusetzen (mit dabei: die Kölner Freiwilligen Agentur I Politische Partizipation). Schnell wurde klar: Demokratie ist ein großes Wort, aber kaum jemand wird durch den bloßen Apell, demokratisch zu wählen, seine Wahlentscheidung ändern, noch dringt man mit einer Diskussion über die Wahlentscheidung zum

eigentlichen Problem vor, denn das sitzt tiefer. Ein Thema dabei: Vertrauen! Ohne ein Mindestmaß an Vertrauen – und zwar in „die anderen“ – kann Demokratie nicht funktionieren (das fängt schon damit an, dass man Vertrauen darein haben muss, dass im Falle der eigenen Wahlniederlage „die anderen“ ihren Sieg nicht dazu ausnutzen werden, freie Wahlen abzuschaffen...).

Vertrauen entsteht (auch) durch die Beobachtung, dass „die anderen“ (also Menschen jenseits des eigenen sozialen Milieus, der eigenen Herkunft etc.), vor allem anderen erstmal Menschen sind, so wie man selber erstmal Mensch ist, und dass sich daraus schon eine ziemlich große, grundsätzliche Übereinstimmung ergibt. Dafür muss man „die anderen“ aber erstmal lebhaftig mitkriegen (und sei es nur durch die gleichzeitige Anwesenheit an einem Ort), denn diese Ebene von Gemeinsamkeit (sozusagen als Gattungswesen) tritt medial vermittelt schnell in den Hintergrund (und stand bei der Entwicklung von Kommunikationsmitteln auch nie im Vordergrund).

Orte der klassen- und milieuübergreifenden, lebhaften Begegnung, werden aber immer weniger: Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, Einkäufe finden vermehrt im Internet (statt im Laden oder auf dem Markt) statt, in der U-Bahn sind die meisten mit ihrem Handy beschäftigt... die Liste ließe sich fortsetzen.

Mit Chorweiler in Ton ging es uns deshalb in erster Linie darum, einen Ort herzustellen, an dem solche Begegnung stattfinden kann, jenseits eines explizit politischen Diskurses, aber dafür umso stärker an ein gemeinsam geteiltes Thema anknüpfend, nämlich den gemeinsam bewohnten, physischen Ort, und verbunden mit einem bleibenden Erlebnis: Es standen drei Tonnen (!) Ton zur Verfügung, um auf einer 4 x 4 Meter großen Plattform gemeinsam den Stadtteil nachzubauen. Dass sich daraus kein topografisch exaktes Abbild ergeben würde, stand von vornherein fest und war auch nicht Sinn der Übung. Vielmehr ging es uns darum, die Menschen über das Modellieren, z.B. ihres Lieblingsortes oder des eigenen Wohnhauses, ins Erzählen zu bringen. Diese Geschichten wurden festgehalten (u.a. durch separat am Rand geführte Videointerviews, aber auch durch Notizen und Tonaufnahmen der Bündnispartner) und werden gesammelt. Sie stellen die eigentliche „Ernte“ des Projekts dar, denn das Tonmodell selber kann aufgrund seiner Größe nicht gebrannt, sondern nur als Material (in diesem Fall durch die Jugendwerkstatt Chorweiler) wiederverwendet werden.

Chorweiler in Ton – Geschichten und Gemeinschaft im Stadtteil versteht sich nicht als abgeschlossenes Projekt, sondern als Auftakt zu einer Geschichtensammlung über und aus Chorweiler, die in der einen oder anderen Form veröffentlicht und fortgesetzt werden soll. Wir werden berichten...

Beteiligte Träger, Institutionen und Vereine: AWO Demokratie leben, Bürgerzentrum Chorweiler, Sozialraumkoordination Köln Chorweiler, Kölner Freiwilligen Agentur, DTVK e.V., F.I.Z. e.V., Fundus e.V., Katholisches Bildungswerk, Kommunales Integrationszentrum Köln, Köln im Film e.V., Bürgerplattform Stark im Kölner Norden, Organizing Germany, Melanchthon Akademie, VHS Köln.

Pädagogische Begleitung: Anne Mommertz

Dokumentation: Kevin Kader (u.a.).

Zu dem Ton-Projekt erschien in der Lokalzeit Köln am 04.09.25 ein kurzer Bericht (zwischen Minute 17.38 und 18.38): [LINK](#)

Öffentlichkeitsbeteiligung aktuell

In dieser Rubrik informieren über aktuelle, zurückliegende oder auch geplante Beteiligungsverfahren der Stadt Köln wie auch anderer Akteure.

Informationen zu allen aktuellen **Beteiligungsverfahren der Stadt Köln** sowie zu allen abgeschlossenen Verfahren sind auf dem [Kölner Beteiligungsportal](#) zu finden.

Ratsbürgerentscheid für Olympia



Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung [am 16. Dezember 2025 beschlossen](#), den Ratsbürgerentscheid zur Bewerbung der Stadt Köln für die Olympischen und Paralympischen Spiele Rhein-Ruhr für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 durchzuführen. Der Ratsbürgerentscheid soll in allen teilnehmenden Kommunen der Region Rhein-Ruhr einheitlich am **Sonntag, 19. April 2026**, durchgeführt werden. Die Auszählung der Stimmen soll am gleichen Tag erfolgen. [Presseinfo der Stadt Köln]

Weitere Information zum Pro und Contra einer Olympia-Bewerbungen sind in den nächsten Wochen und Monaten zu erwarten.

1. Kölner Bürgerrat



2025 war das Jahr des ersten Kölner Bürgerrats (wir [berichten](#)). Er geht zurück auf eine Vereinbarung des Ratsbündnisses (Grüne / CDU / Volt). Zwischen Ende März und Mitte Juni tagten die knapp 60 gelosten Mitglieder des Bürgerrats an insgesamt fünf Tagen zum Thema „mobil im lebenswerten Quartier“. Ähnlichkeiten zu den Themen der Veedelsblocks (siehe Artikel [„Veedelsblocks“](#)) sind kein

Zufall, allerdings wurde bewusst ein anderer Titel gewählt um keine Vorfestlegung zu treffen. Als Kölner Freiwilligen Agentur / Politische Partizipation waren wir mit Beobachterstatus dabei und gespannt, wie so eine „Stadtgesellschaft im Kleinen“* sich zu dem Thema verhalten würde. Am Ende waren wir erstaunt (fast schon ein wenig enttäuscht), wie wenig kontrovers diskutiert wurde. Im Großen und Ganzen bestand Einigkeit, dass weniger Autos in der Stadt sinnvoll sind und die Lebensqualität erhöhen. Allerdings war auch niemand direkt betroffen, denn der Bürgerrat traf keine straßen- oder quartiersgenauen Entscheidungen, sondern gab allgemeine Empfehlungen. Wer sich eingehender über den ersten Kölner Bürgerrat und seine Ergebnisse informieren möchte, [kann dies hier tun ...](#)

Als Dienstleister hat der [Zukunftsrat Köln e.V.](#) das Vorhaben unterstützt. Der Verein wurde vor wenigen Jahren gegründet, um das Format des Bürgerrates zu fördern.

Eine gute Zusammenfassung findet sich auch auf der Website [buergerrat.de](#).

* Die Teilnehmer:innen des Bürgerrats wurden so gelost, dass die Auswahl zwar zufällig war, was die konkreten Personen betrifft, aber ausgesucht repräsentativ, was ihre Zuordbarkeit zu folgenden Merkmalen betrifft: Geschlecht, Alter, Verkehrsverhalten, Migrationshintergrund, Berufsabschluss, Personenzahl im Haushalt

Bebauung der Köln Arcaden: So geht Beteiligung nicht!



Wir hatten in der ersten Jahreshälfte zweimal über das Werkstattverfahren für die Bebauung hinter den Köln Arcaden in Kalk berichtet (siehe Links am Ende dieses Beitrags). Am 28. Oktober tagte die Jury zum letzten Mal und entschied sich für den Beitrag des Kölner Büros New Architekten (siehe Beitragsbild). Dazwischen lagen

aufreibende Wochen und Monate, in denen die Planungsteams an ihren Entwürfen arbeiteten und dabei immer neuen Anforderungen durch den Investor genügen mussten.

Die Öffentlichkeit wurde zwar offiziell beteiligt, dabei aber von Anfang an vor die vollendeten Tatsachen eines gewaltigen Bauvolumens mit hohem Büro- und Parkplatzanteil gestellt, das den ohnehin dichten Stadtteil schwer belasten wird. Mit den Änderungen der Spielregeln im laufenden Verfahren wurden nicht nur die ersten Entwürfe von zwei der drei noch im Rennen befindlichen Planungsteams weitgehend zu Makulatur, sondern auch die bis dahin erfolgten Beiträge und Stellungnahmen der Öffentlichkeit – die in der ersten Runde des Verfahrens, bei aller Kritik an den Vorgaben, durchaus auch positive Ansätze in den Entwürfen der Büros [erkannt hatte](#) -, wurden wertlos. So war denn auch der nach der ersten Runde vielfach gelobte Entwurf von New Architekten nach der Änderung der Aufgabenstellung kaum wiederzuerkennen: Er enthielt jetzt plötzlich das von den Bürger:innen einhellig abgelehnte Bürohochhaus sowie zwei weitere Hochhäuser. Auch der Fortbestand der Substanz beider Parkhäuser zur konsequenten CO2-Ersparnis durch Betonerhalt war auf einmal nur noch eingeschränkt vorgesehen. Die Frage eines Besuchers der Abschlussveranstaltung am 29.

September: „Was von dem, was wir hier eingebracht haben, ist denn jetzt in die Pläne eingeflossen oder berücksichtigt worden?“ konnte von niemandem beantwortet werden.

Dass hinter den Arkaden nicht fair gespielt wurde, ist der kritischen Kalker Öffentlichkeit nicht entgangen. Gleich drei offene Briefe und Stellungnahmen erreichten Jury, Politik und Verwaltung seit Beginn des Werkstattverfahrens:

Schon früh meldete sich die [Stadtteilkonferenz Kalk](#) mit 21 Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinden und Einrichtungen mit grundsätzlichen Bedenken zu Wort.

Ihr folgte am 19.10. der [Bürgerverein Kalk](#), nachdem das Protokoll einer Jurysitzung an die Öffentlichkeit gelangt war, das Hinweise auf eine Manipulation der Aufgabenstellung enthielt.

Darüber berichtete auch der [Kölner Stadtanzeiger](#)

Die problematische Aufgabenstellung und das unzulängliche Verfahren beunruhigten schließlich auch den [Bund deutscher Architektinnen und Architekten Köln](#), der sich mit einem Appell an die Jury wendet.

Über das Ergebnis des Werkstattverfahrens berichteten der [Kölner Stadtanzeiger](#) und die [Stadtrevue](#).

Das Verfahren *Quartier Köln Arcaden in Kalk* (so der offizielle Arbeitstitel) wirft grundlegende Fragen zur Öffentlichkeitsbeteiligung bei Investorenprojekten auf – angefangen von der Entscheidung über die Vorgaben zu Art und Umfang der Bebauung – über die Auswahl und die Bezahlung des Moderationsbüros – bis hin zur exakten Formulierung der Aufgabenstellung und die Überwachung ihrer Einhaltung. Auch wenn sich Investoreninteressen nicht immer so unverfroren durchsetzen, wie in diesem Fall: Investorengesteuerte Beteiligungsverfahren stoßen schnell an die Grenzen dessen, was von Bürgerinnen und Bürgern noch als legitime Beteiligung empfunden wird – und nicht als Alibiveranstaltung für längst feststehende Pläne.

Zur Darstellung auf den Seiten der Stadt Köln geht es hier:

<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/stadtentwicklung/quartier-koeln-arcaden-kalk>

Ältere Beiträge zum Thema finden sich hier:

<https://koeln-freiwillig.de/bebauung-koeln-arcaden-auftakt-des-werkstattverfahrens/>

<https://koeln-freiwillig.de/bebauung-koeln-arcaden-praesentation-der-zwischenergebnisse/>

Ost-West-Achse – Stand der Dinge



Ein Dauerbrenner unter den Kölner Stadtentwicklungsthemen ist die Ertüchtigung der sogenannten Ost-West-Achse für einen leistungsfähigeren öffentlichen Nahverkehr. Nachdem 2019 die Prüfung zweier Varianten (ober- und unterirdisch) in Auftrag gegeben worden war, stand im Mai 2024 die Entscheidung an, die jedoch erst im April 2025 fiel. Beschlossen wurde allerdings keine der beiden vorgelegten Varianten, sondern eine extrem kurzfristig vorgelegte Dritte, die noch weitgehend ungeprüft ist. Sie sieht einen wesentlich längeren Tunnel – der auch unter dem Rhein hindurch führen soll – als die bisherige unterirdische Variante vor, sowie eine oberirdische Übergangslösung. Während noch gerichtlich geklärt werden muss, ob dieses Vorgehen im Rat überhaupt zulässig war (geklagt hatte u.a. die [Ratsfraktion Die Linke](#)), stand in Düsseldorf zuletzt die Aufnahme des Vorhabens in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes an. Aufgrund der mangelnden Planungstiefe für den Tunnel wurden nur die oberirdischen Anteile (Verlängerung der Bahnsteige an den Ost- und Westenden zur Aufnahme der geplanten 90m-Züge sowie ein innerstädtisches Provisorium) in den Bedarfsplan aufgenommen, mit einem Verweis auf die

Möglichkeit, die Tunnelpläne zu einem späteren Zeitpunkt aufzunehmen, wenn sie ausgearbeitet sind. Die [Initiative Verkehrswende Köln bezweifelt die Rechtmäßigkeit auch dieses Vorgehens](#) und sammelt weiterhin [Unterschriften für ihre Petition](#).

Wer in der Initiative Verkehrswende Köln mitarbeiten möchte: Im März dieses Jahres hatten sie sich hier vorgestellt: [LINK](#)

Die Treffen der Initiative sind öffentlich und finden mal in Präsenz, mal online statt:

<https://verkehrswende.koeln/termine>

Unter Beteiligungsgesichtspunkten interessant ist zudem die Ankündigung der Grünen, eine Bürgerinnenbefragung zum Variantenentscheid zu initiieren:

<https://www.gruenekoeln.de/partei/presse/pressemitteilung/nachricht/koelner-gruene-verpflichten-sich-erneut-zur-absage-von-podien-mit-der-afd-1-1-5-5224>

Man darf gespannt sein, was da noch kommt.

Diskussionswürdig ist im gleichen Post der Grünen allerdings die Begründung für ihr Verhalten bei der Abstimmung. Um die AfD nicht zur Mehrheitsmacherin zu machen, hatten sie sich der Stimme enthalten. Auf den ersten Blick sieht das vielleicht nach Brandmauer aus, aber bei genauerem Nachdenken wird der Unterschied deutlich: Während bei der Brandmauer im Allgemeinen nicht **mit** der AfD gestimmt wird, sofern diese dadurch zur Mehrheitsmacherin würde, wurde hier aus dem gleichen Grund nicht **gegen** die AfD gestimmt. Der Beweggrund ist nachvollziehbar, aber das Abstimmungsergebnis wurde dadurch in einer Weise verzerrt, die eine größere Zustimmung zu der von der AfD geteilten Position vermuten lässt, als dies tatsächlich der Fall war.

Hilfreich für das Verständnis der komplexen Thematik Ost-West-Achse ist dieser Artikel aus der Stadtrevue: <https://www.stadtrevue.de/artikel-archiv/artikelarchiv/09167-im-dunkeln/>

Infrastruktur der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung

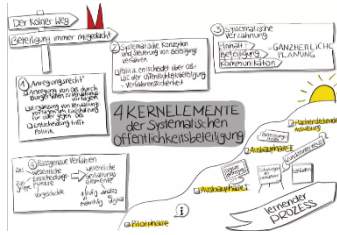
In dieser Rubrik bringen wir Nachrichten zur Entwicklung der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung, aus dem Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung, dem Stadtgesellschaftlichen Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung sowie ggf. aus dem Rats-Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.

Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung



Die Bewerbungsfrist für die Neubesetzung des [Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung](#) ([wir haben darüber berichtet](#)) ist inzwischen abgelaufen. Zurzeit werden die zahlreichen Bewerbungen vom Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung gesichtet. Anfang 2026 wird dann der [Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden](#) darüber entscheiden, wer für die aktuelle Ratsperiode in dieses Gremium berufen wird. Wir werden über das Ergebnis berichten.

Finaler Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung



Es war ein langer Weg bis hierhin, aber seit dem 1.11. ist es so weit: Die Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung gilt in Köln jetzt für das gesamte Stadtgebiet und für alle Beschlussvorlagen, mit denen sich die politischen Gremien der Stadt befassen, vom Rat über seine Ausschüsse bis zu den Bezirksvertretungen!

Das bedeutet nicht, dass es ab jetzt zu allem und jedem eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben wird, aber die Überlegung, ob eine Öffentlichkeitsbeteiligung Sinn macht, gehört von nun an zu jeder politischen Entscheidung dazu – und das auch ganz formell, denn jeder Beschlussvorlage muss von nun an eine „Anlage Öffentlichkeitsbeteiligung“ beigelegt sein, in der die jeweilige Dienststelle dem Gremium begründet darstellt, ob sie eine Öffentlichkeitsbeteiligung empfiehlt oder nicht. Dieser Empfehlung kann die Politik dann folgen oder auch nicht!

Die Kölnerinnen und Kölner können dazu ebenfalls ihr Votum abgeben, das der Politik vor ihrer Entscheidung zur Kenntnis gebracht wird. Von dem Begriff „Anregungsrecht“ sollte man sich in diesem Zusammenhang allerdings nicht in die Irre führen lassen: Gemeint ist damit nicht die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen, sondern ausschließlich der o.g. formale Vorgang, einer Beschlussvorlage, die keine Öffentlichkeitsbeteiligung empfiehlt, zu widersprechen und eine solche „anzuregen“.

Mit dem finalen Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung kommt ein Prozess zu seinem (vorläufigen) Abschluss, der 2012 durch Bürgerinitiativen und engagierte Einzelpersonen angestoßen wurde, denen die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichten und die nicht länger davon abhängig sein wollten, ob diese oder jene Amtsleitung für Beteiligungsprozesse aufgeschlossen ist oder nicht. Ihre seit Langem bestehende Forderung nach „echter“ Beteiligung (im Unterschied zu den häufig unter „Alibiverdacht“ stehenden gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren) fand, auch unter dem Eindruck der Proteste gegen Stuttgart 21, neue Aufmerksamkeit.

Mit informellen „Abenden des Guten Gesprächs“, bei denen Initiativen, engagierte Einzelpersonen sowie dazugeladene Vertreter:innen von Politik und Verwaltung zusammen kamen, um sich auszutauschen, wurde der Grundstein gelegt für einen langwierigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, an dessen Ende 2018 die Leitlinien und Qualitätsstandards für Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln standen.

Die neuen Beteiligungsregeln galten allerdings nicht sofort im gesamten Stadtgebiet und auch nicht für alle Themenfelder: In einer sogenannten Pilotphase machten 2019 der Ratsausschuss für Klima, Umwelt und Grün sowie die Bezirksvertretung Nippes den Anfang. 2021 kamen die Bezirksvertretungen von Kalk und Lindenthal sowie das Thema Mobilität hinzu. Seit April 2023 gilt die Anwendung der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung im gesamten Stadtgebiet. Hinzu kamen damals die Themenfelder Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Die Erfahrungen mit der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln haben gezeigt: Öffentlichkeitsbeteiligung ist kein Fass ohne Boden, das Verwaltung und Politik mit einer Flut von Beteiligungsverfahren überfordert und Verfahren über Gebühr in die Länge zieht. Gute Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein Gewinn für alle Beteiligten: Durch Interessenausgleich, breitere Expertise, Transparenz und im besten Fall auch Ideenreichtum, steigt nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die Qualität von Planungen und Entscheidungen.

Seit Beginn der ersten Pilotphase 2019 wurden insgesamt rund 40 Beteiligungsprozesse auf Grundlage der neuen Regeln beschlossen – eine überschaubare Zahl. Unter den jetzt neu hinzu gekommenen Ämtern und Dienststellen sind etliche, für die sich durch die neuen Regeln kaum

etwas ändern dürfte, da sie sich im Wesentlichen mit laufendem Verwaltungsgeschäft befassen. Mit den Themenfeldern Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Sport, Liegenschaften, Schule und Weiterbildung sowie Kunst und Kultur, kommen allerdings auch Themenfelder hinzu, die für die Stadtgesellschaft von regem Interesse sind. Auf die neuen Beteiligungsmöglichkeiten in diesen Bereichen dürfen sich die Kölnerinnen und Kölner deshalb ab sofort freuen.

<https://meinungfuer.koeln/informationen/zahlen-daten-fakten>

<https://meinungfuer.koeln/node/31377>

Kölner Akteure für Engagement und Beteiligung

In dieser Rubrik stellen wir stadtgesellschaftliche Akteure für Engagement und Beteiligung vor und bringen Nachrichten zu deren Wirken.

„Zuhören und Sprechen“ als politische Beteiligung – Ein Rückblick auf einen Trend der politischen Beteiligungskultur in Köln



Im zurückliegenden Jahr gab es in Köln nicht nur eine Vielzahl von städtischen Beteiligungsverfahren und stadtgesellschaftlicher Initiativen. In der Beteiligungskultur machte sich 2025 auch der bundesweite Trend zu offenen Dialogformaten bemerkbar, der im Folgenden am Beispiel des Formats „Sprechen und Zuhören“ beleuchtet und reflektiert werden soll.

Offene Dialogformate setzen keine politischen Vorkenntnisse voraus und sind daher grundsätzlich niedrigschwellig. So auch Formate wie [„Eine Stunde reden – Gespräche und Ideen für deine Stadt“](#), ein Demokratieprojekt der Sparkasse KölnBonn in Zusammenarbeit mit dem Bonn Institute, oder die Reihe „Sprechen und Zuhören – Demokratie (er)leben“ des bundesweit tätigen Vereins „Mehr Demokratie e. V.“, die sowohl in Präsenz als auch online stattfinden.

Einfach „Sprechen und Zuhören“

„Sprechen und zuhören“ fand 2025 unter Beteiligung des Friedensbildungswerks und des Katholischen Bildungswerks gleich an mehreren Terminen und zu verschiedenen großen Fragen unserer Zeit (Polarisierung, Demokratie, Verteidigung etc.) in Köln statt. „Mehr Demokratie“ zufolge bietet das mittlerweile in mehreren Bundesländern praktizierte Dialogformat ein Angebot zum „hierarchiefreien Austausch“ von persönlichen Sichtweisen zu bestimmten politischen Fragen. Dabei geht es bewusst nicht um die Debatte, sondern um Zuhören und Gehört werden.

Damit reagiert der Verein „Mehr Demokratie“, der seinen Ursprung in der politischen Bewegung für mehr direkte Demokratie hat, nicht nur auf den spürbaren Bedeutungsverlust von klassischen politischen Austausch- und Dialogmöglichkeiten, die seit jeher vom klassischen Vereinswesen oder auch von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen getragen worden waren. Auch die in der Gesellschaft verbreitete Wahrnehmung, nicht gehört oder gar ignoriert zu werden, spielt in der Konzeption eine wesentliche Rolle.

Das Format ist denkbar einfach: Die Menschen sprechen in Kleingruppen von 3-4 Personen abwechselnd über ihre Sicht auf eine vorgegebene Frage. Unterbrechen darf dabei niemand, sodass alle Teilnehmer die exakt gleiche Redezeit haben. Zudem sind die Personen dazu angehalten, möglichst wenig über Andere zu reden, sondern nur über ihre eigene Position und Gefühle zu sprechen.

Zielsetzung des Formats ist laut „Mehr Demokratie“, neben gegenseitiger Empathie und Respekt auch „Gelassenheit, Entspannung und Zuversicht“ bei den teilnehmenden Menschen zu erzeugen, wie es auf der vereinseigenen [Webseite](#) lautet. Darin liegt den Initiatoren zufolge der Nutzen für die demokratische Diskussionskultur, weil der niedrigschwellige Austausch „Vorarbeit für sachliche und inhaltliche politische Arbeit“ sein kann.

Wichtiger Impuls, aber Herausforderungen bleiben

Essenziell für lokales politisches Engagement ist nicht nur das Vertrauen in demokratische Institutionen. Es ist auch an das Gefühl geknüpft, gehört und nicht übergangen zu werden. Insofern ist das „Sprechen und Zuhören“ ein wertvolles demokratisches Instrument, weil es Menschen ermöglicht, ihre (politischen) Gefühle zur Sprache zu bringen, dabei auch noch von mehreren Menschen gehört und ggf. auch verstanden, sich aber nicht rechtfertigen und überzeugen lassen zu müssen.

Eine transgenerationelle und soziale Diversität abzubilden, bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung der Reihe. Entsprechende Kooperationen mit Schulen, Ausbildungsstätten, Universitäten, Arbeitgebern und sozialen Trägern erscheinen daher unabdingbar, um das große Potenzial des Formats auszuschöpfen. Ähnlich wie im digitalen Raum erhöhen Austauschmöglichkeiten wie „Sprechen und Zuhören“ ihren demokratischen Wert vor allem dann, wenn sie möglichst repräsentativ besetzt sind. Wenn statt einer in sozialer Herkunft möglichst diversen Gruppe lediglich eine weitgehend homogene, sich gegenseitig bestätigende Gefühlsgemeinschaft zusammenfindet, ist mit Blick auf das erstrebenswerte Ziel einer Perspektivenvielfalt und politischen Horizonterweiterung hingegen wenig erreicht.

Zwar vermögen Veranstaltungsreihen wie „Sprechen und Zuhören“ als flankierende Maßnahmen im demokratischen Miteinander, z. B. die Fähigkeit des Zuhörens oder Empathie zu fördern. Mit Blick auf zahlreiche soziologische Untersuchungen der letzten Jahre, die entgegen der oftmals beklagten tiefgreifenden Spaltung der Gesellschaft eher kommunikative und emotionale Polarisierungen sowie relativ große Übereinstimmungen in politischen Einstellungen konstatieren, erscheinen aber Zweifel berechtigt, inwieweit weitere, in erster Linie auf die Ich-Perspektive ausgerichtete Kommunikationsformen den Trend einer emotionalen Polarisierung nachhaltig abmildern oder umkehren können.

Die Artikulation und Repräsentation von Gefühlen ist und bleibt in einer Demokratie zwar wichtig. Mindestens genauso wichtig, wenn nicht gar entscheidend bleibt aber das Erlernen von Debattieren und demokratischem Streiten in einer dafür prädestinierten Diskursarena, wie es „Sprechen und Zuhören“ durchaus sein kann. Dabei schließen sich Empathieförderung und der Austausch in Form von Diskussion bei entsprechender fachlicher Begleitung und Moderation nicht grundsätzlich aus. Das bedeutet übrigens nicht, in das gegenseitige „Missionieren“ zurückzufallen. Damit ist gemeint, eine demokratische Verständigung nicht ohne, sondern *über* eine (sachliche) Diskussion erreichen zu können.

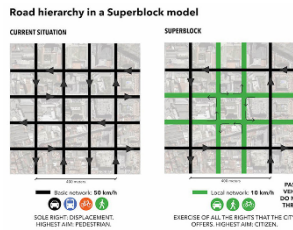
Der Bereich Politische Partizipation wird den Trend der offenen Dialogformate im kommenden Jahr weiter beobachten und über Folgeveranstaltungen und neue Formate informieren.

Weiterführende Links:

<https://www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren>

<https://www.bonn-institute.org/eine-stunde-reden>

Veedelsblocks auswählen



In immerhin vier Kölner Stadtvierteln gibt es mittlerweile Initiativen für die Einrichtung von sogenannten Superblocks, die sich in Köln selber Veedelsblocks oder Superveedel nennen. Der Super- bzw. Veedelsblock ist ein Konzept zur Verkehrsberuhigung und Neuaufteilung des Straßenraums. Sein technisches Grundprinzip besteht darin, einen zusammenhängenden Ausschnitt des Straßennetzes für den Durchgangsverkehr undurchquerbar zu

machen, indem man als Autofahrer immer wieder auf die Straße, von der aus man in diesen Ausschnitt hineingefahren ist, zurückgelenkt wird. Das Prinzip ist nicht neu: Bereits in der 1980er Jahren wurden z.B. die Straßen zwischen Venloer- und Subbelrather-, Innerer Kanalstr. und Gürtel derart als Einbahnstraßensystem eingerichtet, dass man „gezwungen“ ist, die Innere Kanalstraße oder den Ehrenfeldgürtel zu benutzen, wenn man z.B. mit dem Auto von der Subbelrather- zur Venloer Straße gelangen möchte (ein typisches Element für diese Art der Verkehrsführung ist die sogenannte Diagonalsperre). Mit der Superblockbewegung, die ihren Ausgang von Barcelona nahm, wurde diese Verkehrsführung erstens „wiederentdeckt“ und zweitens kam ein entscheidender Aspekt hinzu: Nicht nur das Verkehrsaufkommen, sondern auch die Aufteilung des Straßenraums wurden nun als entscheidende Faktoren erkannt, um die Straßen der Städte wieder zu Lebens- und Nachbarschaftsräumen ihrer Bewohner:innen zu machen. Im Super- bzw. Veedelsblock gibt es deshalb deutlich weniger Parkplätze am Straßenrand, meistens zugunsten von mehr Bepflanzung, Spielmöglichkeiten und Freiraum.

Die Kölner Veedelsblockinitiativen

Die [Interessengemeinschaft Winzerveedel](#) beschäftigt sich mit den Straßen zwischen Barabarossa- und Eifelplatz.

Der [Stadtgarten e.V.](#) setzt sich für eine entsprechende Entwicklung der Straßen zwischen Stadtgarten und Ringen, Venloer- und Gladbacher Straße ein:

Für das Agnesviertel engagiert sich der [Veedelfreiraum](#).

Und im Clouthquartier ist die [Initiative Lebeveedel](#) aktiv

Während Veedelsblocks für das Stadtgartenviertel und das Winzerveedel bereits politisch beschlossen sind (und die Stadt im Winzerveiertel auch bereits die Arbeit aufgenommen hat), stehen entsprechende Beschlüsse für das Agnesviertel und das Clouthquartier noch aus.

Als Kölner Freiwilligen Agentur / Politische Partizipation standen und stehen wir den Initiativen beratend zur Seite.

Iris Pinkepank vom unglaublich aktiven Stadtgarten e.V. hat uns einen Jahresrückblick geschickt: [PDF](#)

NSU Mahmnal – Stand der Dinge

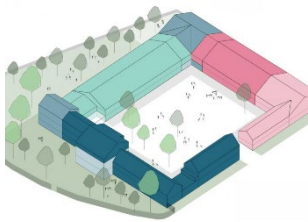


2004 explodierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe des rechtsextremen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), bei dem zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt wurden und nur durch ein Wunder niemand ums Leben kam. Es folgten sieben Jahre falscher Verdächtigungen durch die Ermittlungsbehörden, in deren Zentrum die Bewohner:innen und Geschäftsleute der Straße selbst standen. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU 2011 endete diese „zweite Bombe“, wie es einer der Betroffenen einmal nannte. Mit dem künstlerischen Wettbewerb für ein Mahmnal unternahm die Stadt Köln, unter Federführung des NS Dok, 2016 den Versuch, ein Zeichen der Erinnerung und der Anerkennung von erlittenem Leid

und Unrecht zu setzen. Doch seit neun Jahren wartet der Siegerentwurf des Berliner Künstlers Ulf Aminde auf seine Umsetzung an der Ecke Keupstraße/ Schanzenstraße. Nachdem sich zum wiederholten Male gezeigt hat, dass die Stadt weder in der Lage noch willens zu sein scheint, den Eigentümer des entsprechenden Teilgrundstücks in die Pflicht zu nehmen, ist den Betroffenen der Geduldsfaden gerissen – in einem [offenen Brief an die Oberbürgermeisterin](#) forderten sie im April 2025, das Grundstück und seine Gebäude kurzfristig für eine Interimslösung zu öffnen:

Statt auf den Brief zu antworten, goss die Oberbürgermeisterin in ihrer Rede zum Jahrestag des Anschlags am 9. Juni neues Öl ins Feuer – so jedenfalls empfanden es zahlreiche Zuhörer:innen, die daraufhin mit einer neuerlichen Stellungnahme an die Öffentlichkeit gingen: [LINK](#)

Noch 'ne Genossenschaft – Stand der Dinge im Petershof



Zu den jüngeren Erfolgsgeschichten bürgerschaftlichen Engagements in der Kölner Stadtentwicklung zählt der Petershof in Müngersdorf. Als genossenschaftliches Projekt zur Rettung eines wunderschönen Baudenkmals sowie zur Schaffung eines soziokulturellen Zentrums für den Stadtteil Müngersdorf, haben die Gründerinnen und Gründer seit 2018 einen langen Weg zurückgelegt (siehe die Selbstdarstellung des Projekts im Newsletter vom Juli 2024). Im Juli 2025 wurde ein weiterer Meilenstein erreicht, wie einem [Schreiben der](#)

[Genossenschaft zu entnehmen ist ...](#):

Stadtrevue: Kollektiv wird Genossenschaft



Als demokratisch verfasste Betriebsformen zählen Genossenschaften und Kollektive zu den Stützen einer guten Beteiligungskultur. Die Kölner Stadtrevue, die sich seit fast 50 Jahren als Kollektiv (in der Rechtsform einer GmbH) organisiert hat, ist seit November eine eingetragene Genossenschaft. Damit reagiert sie auf wirtschaftliche Herausforderungen und bleibt

zugleich ihrem Grundsatz, aus einer solidarischen Haltung heraus aus der Stadtgesellschaft für die Stadtgesellschaft zu berichten, treu. Für die Beteiligungskultur in Köln ist das eine gute Nachricht, denn nur, wenn sich die Bewohner einer Stadt vielseitig über die Geschehnisse vor Ort informieren können, sind sie in der Lage, zu erkennen, wenn etwas schief läuft, wo Verbesserungsmöglichkeiten sind, sich (lokal)politisch zu engagieren. Köln hat zwar drei Tageszeitungen (Stadtanzeiger, Rundschau, Express), diese gehören jedoch allesamt zum gleichen Verlagshaus (Dumont). Die einzige andere (verbliebene) lokalpolitische Presse in Köln ist die Stadtrevue, auf deren Artikel wir hier auch hin und wieder verweisen. Als Monatsmagazin ist die Stadtrevue zwar nicht tagesaktuell, dafür sind ihre Artikel stets gründlich recherchiert und machen Zusammenhänge und Hintergründe deutlich, wo in der Tagespresse oft die jüngsten Ereignisse isoliert nebeneinander stehen. Die Stadtrevue ist für viele engagierte Kölnerinnen und Kölner deshalb eine wichtige Informationsquelle. Aber nicht nur das: Mit ihren Ursprüngen in den sozialen Bewegungen der 70er Jahre, ist sie zugleich auch ein wichtiger Kanal zur Verbreitung von Ansichten, Anliegen und Aktivitäten von Bürgerinitiativen und engagierten Einzelpersonen. Seit Jahren allerdings kämpft die Stadtrevue, wie größere Pressehäuser auch, mit sinkenden Einnahmen, vor allem im Anzeigenbereich. Eine groß angelegte Abokampagne vor einem Jahr war zwar durchaus erfolgreich (die angestrebten 2000 neuen Abonnent:innen konnten in etwa gewonnen werden), das hat aber nicht gereicht, um die Stadtrevue finanziell wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen. Deshalb hat Kölns ältestes

Stadtmagazin im Juli die Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt, um sein Geschäftsmodell grundlegend umzustellen. Außerdem wurde mit „Stadtrecherche e.V.“ ein Unterstützerkreis ins Leben gerufen, der Recherchen ermöglichen soll, deren Umfang über das für die Veröffentlichung im Magazin erforderliche Maß hinausgeht (hier ist man in engem Austausch mit z.B. Krautreporter, correctiv oder Reporter ohne Grenzen). Wer die Stadtrevue unterstützen möchte, sei es durch eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft oder im Stadtrecherche e.V. (oder in beidem):

<https://www.stadtrevue.de/aktuell/support/>

<https://stadtrecherche.de/>

Mülheimer Süden – Stand der Dinge



2025 war ein ereignisreiches Jahr im Mülheimer Süden, obwohl die Grundstücke weiterhin brachliegen und die Baustellen ruhen. Doch je länger dieser Zustand dauert, desto rühriger werden Anwohner und Aktivisten, denn es wird immer deutlicher, dass hier schon lange keine Bauabsichten mehr bestehen. Stattdessen sind die Grundstücke rechts und links der Deutz-Mülheimer Straße zum Spielball von Spekulanten geworden, mit bis zu sechs

Eigentümerwechseln seit 2017! Nachdem ein breites Bündnis von Initiativen im September 2024 (symbolisch) den ersten Baggersee in einer Baugrube eröffnet hatte (wir berichteten), folgte im Frühjahr dieses Jahres die Umbenennung in Straße der Spekulanten. Zu Bericht und Ankündigung:

[WDR Lokalzeit vom 4.4.25](#)

[Geschichtswerkstatt Mülheim](#)

Während auf dem Cologneo Areal die Neubauruine vor sich hingammelt, verrotten auf dem benachbarten, sogenannten Otto-und-Langen-Quartier einige der industriehistorisch bedeutsamsten Hallen der Republik (immerhin wurde hier zum ersten Mal der Ottomotor in Serie gebaut). Die Landeseigene Grundstücksgesellschaft NRW Urban hatte das Areal zuletzt meistbietend europaweit angeboten, nachdem jedoch nur ein Gebot eingegangen war, wurde das Verfahren Mitte des Jahres als gescheitert erklärt. Nun wäre der Weg wieder frei für einen Direkterwerb durch die Stadt Köln, den der Rat auch schon einmal beschlossen hatte, sich dann aber mehrheitlich von seinem Baudezernenten überzeugen lassen hatte, dass es besser sei, das Gelände in Investorenhand zu geben, unter anderem, weil es dann „schneller gehe“ (wie man rechts und links davon sieht ;-). Voraussetzung für die Möglichkeit eines Direkterwerbs durch die Stadt wäre eine weitgehend kommunalen Zwecken und dem Gemeinwohl dienende Planung (z.B. 100 % sozialer und preisgedämpfter Wohnungsbau). Für einen Direkterwerb des Otto-und-Langen- Quartiers durch die Stadt setzt sich seit Langem der [Initiativkreis Otto-Langen-Quartier](#) ein. Dieser konnte zuletzt, gemeinsam mit dem Zwischendrin Köln e.V., erreichen, dass der Verein Mitte des Jahres mit seinen zahlreichen „Untervereinen“ den kleineren Teil der ehemaligen KHD-Verwaltung entlang der Deutz-Mülheimer Straße beziehen konnte. Das Gebäude war 2021 von der Stadt unter Ausnutzung des Vorkaufsrechts von einem privaten Investor erworben worden. Seit Anfang 2025 residiert dort auch wieder das [Theater Raum13](#), das bereits von 2011 bis 2021 in dem Gebäude ansässig war und maßgeblich dazu beitrug, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen hinter Mauern liegenden Schatz zu lenken. Beide Zwischennutzer haben 10-Jahres-Verträge unterzeichnet.

Tempo 30 auf der Luxemburger Straße: Erfolg für die „Interessengemeinschaft Lebenswerte Lux“



Am Dienstag, den 12. August 2025, hat die Verwaltung der Stadt Köln bekannt gegeben, dass ab dem 25. August eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h auf einer der wichtigsten Kölner Verkehrsachsen, der Luxemburger Straße, eingeführt wird. Die neue Höchstgeschwindigkeit soll auf der rund 3,3 Kilometer langen Strecke zwischen Barbarossaplatz und Militärringstraße gelten. Die Verwaltung begründete ihre Entscheidung mit dem Gesundheitsschutz der Anwohner, der durch den Verkehrslärm nicht gewährleistet sei. Auf Grundlage einer Ausnahmeregelung der Straßenverkehrs-Ordnung sei die teilweise Temporeduzierung daher zulässig.

Der Entscheidung der Stadt ging eine jahrelange Hängepartie voraus, die im Sommer 2024 vorerst beendet schien: Schon damals ordnete die Stadt wegen der Gesundheitsgefährdung der Anwohner durch den anhaltend hohen Verkehrslärm Tempo 30 an. Dies kassierte jedoch die Bezirksregierung Köln, die für infrastrukturelle Veränderungen auf der Luxemburger Straße zuständig ist, mit Verweis auf veraltete Lärmgutachten vorerst wieder ein. Nachdem nun aber die erforderlichen Gutachten eingeholt wurden und die Gesundheitsgefährdung bestätigt ist, nimmt die Stadt einen neuen Anlauf: Tempo 30 soll ab dem 25. August gelten.

Mit der Einführung von Tempo 30, die auch im Stadtrat bei SPD, Grünen, Linken, Volt und FDP Unterstützung fand, ist nun eine Reduzierung des gesundheitsgefährdenden Verkehrslärms und des Unfallrisikos sowie eine Verbesserung der Luftqualität zu erwarten. Dies ist auch ein bedeutender Erfolg der Initiative „Interessengemeinschaft Lebenswerte Lux“, in der sich Anwohner 2022 zusammengeschlossen und seitdem für eine Verkehrsberuhigung und Umwandlung der Luxemburger Straße eingesetzt hatten. Die „IG Lebenswerte Lux“ erzeugte durch zahlreiche Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Anwohnern und Kommunalpolitikern sowie durch Fahrrad-Demos zusammen mit weiteren Organisationen und Initiativen eine breite mediale Aufmerksamkeit für die Unfallgefahr, den Lärm und die hohen Abgaswerte auf der Luxemburger Straße. Dadurch trug die „IG Lebenswerte Lux“ maßgeblich dazu bei, den verkehrspolitischen Handlungsdruck zu erhöhen.

Doch Tempo 30 ist nicht das letzte Ziel der „IG Lebenswerte Lux“: Die Bürgerinitiative setzt sich u. a. auch den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, etwa durch die Umwandlung der rechten Fahrspur zum Radstreifen und durch größere Abstände zum Parkstreifen, sowie eine größere Barrierefreiheit für Fußgänger zum Ziel.

Weiterführende Links mit Hintergründen zur Situation und zu (vergangenen) Bemühungen um Verbesserungen auf der Luxemburger Straße finden Sie hier:

<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/koeln-tempo30-100.html>

<https://www1.wdr.de/mediathek/tempo-30-luxemburger-strasse-100.html>

<https://koeln.adfc.de/artikel/luxemburger-strasse-eine-strasse-mit-vielen-funktionen>

<https://www.stadtrevue.de/artikel-archiv/artikelarchiv/08790-gesundheitsschutz-ausgebremst>

Mehr Informationen zu den Forderungen und Ideen der „IG Lebenswerte Lux“ sowie Beteiligungsmöglichkeiten und Antragsformulare finden Sie auf der Homepage der Initiative:

<https://www.lebenswerte-lux.koeln/startseite/>

Forum Partizipation

Mit dem Forum Partizipation laden wir ein zur Diskussion oder stellen unsere oder die Positionen Dritter zur Diskussion. Ihre Diskussionsbeiträge sind willkommen!

„Verantwortungsgemeinschaft“ oder: Ko-Produktion einer guten Entwicklung unserer Stadt



Ein Beitrag von Dieter Schöffmann

Unser neuer Oberbürgermeister Torsten Burmester hat im Kölner Stadt-Anzeiger vom 8. November 2025 in einem ganzseitigen Artikel seine Vorstellungen zur Arbeit des Rates und der Stadtverwaltung und zur angestrebten Bürgernähe vorgestellt [Burmester 2025]. Er strebt eine „Verantwortungsgemeinschaft“ an, die er wie folgt beschreibt [Hervorhebungen D.S.]:

„Verantwortungsgemeinschaft bedeutet: Niemand darf sich wegducken. Der Rat muss gemeinsam tragfähige Kompromisse finden. Die Verwaltung muss schneller, klarer, bürgernäher und die Stadtgesellschaft beteiligt werden. Wir alle – ob in der Wirtschaft, im Ehrenamt oder als Nachbarn nebenan – tragen unseren Teil dazu bei, dass Köln wieder rund läuft.“

Dies liest sich sehr vielversprechend. Denn wenn Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt die breite Vielfalt engagierter Menschen an einem Strang ziehen, kann Köln gut vorankommen und die anstehenden Transformationen bewältigen.

Transformation braucht Kooperation

Die angestrebte Klimaneutralität bis 2035 ist nicht die einzige Herausforderung für Köln, die einen transformativen Prozess der Stadtentwicklung und ein zielgerichtetes Zusammenwirken mit der Stadtgesellschaft erfordert. So zeigen auch Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt „Kommunen innovativ“, dass

*„... eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung Impulse und Initiativen einer am Gemeinwohl orientierten Zivilgesellschaft und engagierter Bürger*innen benötigt, die sich über ihre eigenen Interessen hinaus für das Gemeinwesen einsetzen. Von der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, der Aktivierung ‚stiller‘ Bevölkerungsgruppen über die stärkere Verzahnung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Verstetigung von Nachbarschaftsprojekten, die gemeinsam von Kommunen und Bürger*innen getragen werden, bis zum Engagement in Genossenschaften, in denen Kommunen und Bürger*innen gleichberechtigt zusammenarbeiten: Die Bandbreite der im Rahmen von ‚Kommunen innovativ‘ erforschten und erprobten Allianzen ist groß.“ [Abt u.a. 2022, 16f.]*

Und eine vom 3WIN e.V. Institut für Bürgergesellschaft (Köln) in 2023 und 2024 durchgeführte Befragung bei Kommunalverwaltungen in NRW hat ergeben, dass zahlreiche Kommunen das Potenzial einer aktiven Bürgerschaft bei der Bewältigung von Herausforderungen wie „Klimaneutralität“, „Daseinsvorsorge“, „Einsamkeit“, „Erhalt öffentlicher Orte“ oder „Politik-/Demokratieverdrossenheit“ erkannt und erfahren haben (siehe: www.3win-institut.de/kommunale-herausforderungen/).

Die lösungsorientierte Anbahnung und Realisierung solcher Kooperationen bzw. ko-produktiver Prozesse ist aber nicht trivial. Sie bedürfen einer entsprechenden Engagementbereitschaft in der Stadtgesellschaft, die oft vorhanden ist, aber nicht verordnet werden kann. Voraussetzung eines solchen tragfähigen Engagementbeitrags ist die vorherige Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Entwicklung der Zielsetzung wie an der Ausgestaltung der entsprechenden Maßnahmen. Mögliche Formate für eine solche Partizipation sind breite, über jeweilige „Fachblasen“ hinaus gehende Akteursforen oder auch Bürgerräte, wie z.B. der Offenburger Klimabürgerrat zur Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes. Hier gab es explizit den Teilaspekt: „Es braucht das Engagement jedes und jeder Einzelnen“ mit den Leitfragen: *„Wie kann die Stadt die Bürgerinnen und Bürger Offenburgs dabei unterstützen, klimafreundlicher zu handeln und zu leben? Wo sehen die Bürgerinnen und Bürger*

Handlungsbedarf und welche Maßnahmen halten sie für sinnvoll? Wo können die Bürgerinnen und Bürger sich vorstellen, selbst aktiv zu werden?"

Engagierte Kooperationen brauchen ein kommunales „Meta-Engagementmanagement“

Erfolgreiche gemeinnützige Organisationen verfügen meist über ein professionelles Engagementmanagement („Freiwilligenmanagement“, „Ehrenamtskoordination“ ...). Auch ein ko-produktives Engagement wirkt bei kommunalen Entwicklungsprozessen umso erfolgreicher, je besser das kommunale „Meta-Engagementmanagement“ aufgestellt ist. Dazu gehören:

- ein fundiertes Verständnis in der Kommunalverwaltung und -politik hinsichtlich einer engagierten Bürgerschaft und der Gelingensfaktoren für Kooperationen.
- entsprechend kompetente Infrastrukturen, die als Prozessbegleiterinnen bzw. Ankerstrukturen zu einer frühzeitigen Beteiligung und längerfristigen Mitwirkung beitragen können – wie z.B. das Kooperative Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung (mit dem Verwaltungs- und dem stadtgesellschaftlichen Teil) oder auch die verschiedenen Freiwilligenagenturen in Köln mit ihren stadtgesellschaftlichen Netzwerken und fundierten Kenntnissen zu allen Aspekten des Engagementmanagements.
- nicht zuletzt die bei der Stadtspitze beginnende Bereitschaft, nicht nur beim jährlichen „Lob des Ehrenamtes“ im Rahmen des Ehrenamtstages zu verharren, sondern im Alltagshandeln die Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft wie auch mit den nicht organisierten engagementbereiten Menschen in der Stadt zu suchen.

Autor

Dieter Schöffmann ist selbständiger Berater und in Teilzeit Bereichsleiter „Politische Partizipation“ bei der Kölner Freiwilligen Agentur. Ehrenamtlich ist er u.a. aktiv als Sprecher der Arbeitsgruppe „Kommune und Engagement“ des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (www.b-b-e.de/kommune)

Quellen

Abt u.a. 2022: Jan Abt, Lutke Blecken, Stephanie Bock, Julia Diringer und Michael Melzer: Einführung: heute das Morgen gestalten – veränderte Formen der Zusammenarbeit in den Gemeinden, Städten und Regionen; in: Jan Abt, Lutke Blecken, Stephanie Bock, Julia Diringer, Katrin Fahrenkrug (Hrsg.): Von Beteiligung zur Koproduktion Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung. 2022 (Springer), S. 2-19

Burmester 2025: Torsten Burmester: „Ich sage den Kölnerinnen und Kölnern: Eine klassische Koalition wird es nicht geben“ Der Rat muss tragfähige Kompromisse finden, die Verwaltung muss schneller und bürgernäher werden. Kölner Stadt-Anzeiger 08.11.2025

Titelbild: (c) Pixabay | Gerd Altmann

Hinweise, Tipps, Veranstaltungen, Literatur und anderes mehr zum Thema "Partizipation"

Förderung von Vielfaltsgestaltung, Demokratie und Extremismusprävention – Aufruf zur Interessenbekundung

Die [Partnerschaften für Demokratie Köln](#) fördern im Jahr 2026 wieder Projekte, die der Vielfaltsgestaltung, Demokratieförderung bzw. der Extremismusprävention dienen. Es können ein Projekt mit maximal 10.000 € und mehrere Projekte mit maximal 5.000 € gefördert werden.

Interessenbekungen für eine Förderung können **bis zum 28. Januar 2026** eingereicht werden, und zwar mit dem „Formular für Interessenbekungen“: [PDF](#)

Fördermöglichkeiten im Bereich Demokratietarbeit – eine Übersicht auswählen

Das Team der [Partnerschaften für Demokratie Köln](#) hat eine Übersicht zu Möglichkeiten finanzieller Förderung für Vorhaben der politischen Bildung und Demokratietarbeit zusammengestellt, und zwar in den Kategorien „Für junge Menschen“, „Förderung über die Stadt Köln“, „Kölner Stiftungen“, „Förderung auf Landesebene“, „Förderung auf Bundesebene“ sowie „überregionale Stiftungen“.

Diese hilfreiche [Übersicht ist hier zu finden ...](#)

UND: Wer Fördermöglichkeiten kennt, die in dieser Übersicht noch nicht enthalten ist, kann diese gerne dort eintragen!

Praxishilfen für inklusive, deliberative und wirksame Bürgerbeteiligung auswählen

Der Bürgerbeteiligungsblog [partizipendium.de](#) weist darauf hin, dass die Bertelsmann Stiftung über [30 Praxismaterialien für gute Bürgerbeteiligung](#) zusammengestellt hat – mit Leitfäden, Mustervorlagen, Beispielen u.a.m.

Kursbuch Bürgerbeteiligung – 6. Ausgabe erschienen

Das Kursbuch Bürgerbeteiligung bündelt seit 2015 immer Fachartikel aus der Praxis politischer Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung sowie empirische Erkenntnisse, theoretische Analysen und Beschreibungen innovativer Projekte aus diesem Themenfeld. Nun ist die sechste Ausgabe erschienen mit Artikeln unter folgenden Rubriken: „**Grundlagen Guter Beteiligung**“, „**Blick in die Praxis**“, „**Bürgerbeteiligung im digitalen Raum**“ und „**Spezifische Formen der Beteiligung**“ (u.a.: Bürgerräte, Partizipationsprozesse in der Arbeitswelt, Zukunftslabore).

Mehr zu den **Inhalten** und den **Bestellkonditionen** finden sich [hier ...](#)

Seminare des Berlin Institut für Partizipation in 2026

Das [Berlin Institut für Partizipation](#) bietet im Jahr 2026 wieder zahlreiche Seminare an zu Themen wie: „*Einführung in die Grundlagen der Bürgerbeteiligung*“ / „*Methodenwerkstatt*“ / „*Evaluation von Bürgerbeteiligung*“ / „*Beteiligungsformate im öffentlichen Raum*“ / „*Grundlagen und Formate der Konfliktbearbeitung*“ / „*Interkulturelle Beteiligung*“ / „*Moderation von Beteiligungsprozessen*“ / „*Konzept und Praxis aufsuchender Beteiligung*“

Ausführliche Informationen zu diesen und weiteren Seminaren sind im [„Seminarprogramm 2026“](#) zu finden.

Netzwerk Demokratie und Beteiligung – Jubiläumstreffen am 12. Juni 2026 in Köln

Das [Netzwerk Demokratie und Beteiligung](#) (früher: Netzwerk Bürgerbeteiligung) trifft sich das nächste Mal am Freitag, den 12. Juni 2026 wieder ganztägig in Köln, in der Jugendherberge Deutz. Bei diesem Treffen wird das 15jährige Bestehen des Netzwerks gefeiert.

Laut Terminankündigung werden auf dem Netzwerktreffen aktuelle Entwicklungen im Kontext von Beteiligung und Mitwirkung reflektiert werden. Es sollen notwendigen **Weichenstellungen für die Zukunft** und die daraus folgenden Impulse für die Netzwerkarbeit diskutiert werden.

Weitere Informationen zum Netzwerktreffen werden zu einem späteren Zeitpunkt u.a. über den eNewsletter „Netzwerk Demokratie und Beteiligung“ veröffentlicht -> [E-Mail für ein Abo ...](#)

Verschiedene Hinweise und Termine

5. Januar 2026, 19-21:00 Uhr: „Recht auf Stadt“, Offener Treff | Alte Feuerwache

Die Initiative kämpft für bezahlbaren Wohnraum und für lebenswerte öffentliche Räume. Sie stellt infrage, dass Grund und Boden, dass Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen wie Waren behandelt werden. Sie setzt sich ein für eine Stadt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, nicht am Markt und an Investoren.

Jeden 1. + 3. MO im Monat*

*Bitte im Infobüro nachfragen

7. Januar 2026, 20-22 Uhr: Nippeser Abendplausch #108 | Altenberger Hof, Herrenhaus

Beim Nippeser Abendplausch bei einem Kaltgetränk in lockerer Atmosphäre Akteure, Initiativen und Institutionen des Bezirks kennenlernen, Ideen entwickeln, austauschen. Schaut gerne vorher noch einmal auf <https://nippeserleben.org/nippeser-abendplausch> vorbei und informiert euch über die aktuellen Themen und Uhrzeiten.

Beim Abendplausch sind alle und jede:r herzlich willkommen – egal ob Neu- oder Alt-Nippeser:in, ob bekanntes Gesicht oder zum ersten mal vom Abendplausch erfahren – kommt vorbei und lasst uns gemeinsam Neues lernen und gemütlich plauschen! Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Veranstaltungsort: im Gruppenraum im Herrenhaus (oder bei gutem Wetter im Innenhof)
Mehr Informationen gibt es auf [Nippeserleben](#) – für regelmäßige Infos, dort einfach die Gruppe Nippeser Abendplausch abonnieren!

14. Januar 2026, 17–18.30 Uhr (online): Bürgerkommune Viernheim – Ermöglichen und unterstützen was verbindet

In der Veranstaltung gibt Matthias Baaß, Bürgermeister der Stadt Viernheim, einen Einblick in den Entwicklungsprozess und Erfahrungsschatz Viernheims hin zur Bürgerkommune. Entlang von Beispielen aus der Praxis gehen wir der Frage nach, wie Bürgermeister und Kommunalverwaltungen Engagement und Beteiligung gezielt stärken können, welche Voraussetzungen hierzu erforderlich sind und welche Fallstricke es zu vermeiden gilt. Gemeinsam mit Ihnen möchten wir ebenso in den Blick nehmen, welche Handlungsimpulse in Zukunft von Kommunen gesetzt werden können bzw. notwendig sind.

[mehr](#)

14. Januar 2026, 17-18:30 Uhr (online): Netzwerk Bürgerräte: Wahlkreistage! Bürger und Politik im Gespräch

Wie kann der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft lebendiger, sachlicher und vor allem nahbarer gestaltet werden? Mit dem Projekt »[Wahlkreistage! Bürger und Politik im Gespräch](#)« bietet die Allianz für Beteiligung in Baden-Württemberg ein innovatives Format für echte Begegnung und offenen Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Abgeordneten auf Landes- und kommunaler Ebene.

Das Online-Treffen des Netzwerks Bürgerräte am 14. Januar 2026 berichtet über das Projekt Wahlkreistage.

<https://www.buergerrat.de/termine>

19. Januar 2026, 18-20 Uhr: „Demokratie & Teilhabe: MITMACHEN! Wege ins Ehrenamt“, Alte Feuerwache Köln | Großes Forum

Du willst dich engagieren – weißt aber noch nicht wo oder wie? Du möchtest Menschen kennenlernen, die sich im Stadtteil einsetzen? Du möchtest dein Veedel mitgestalten und Demokratie stärken?

Bei MITMACHEN! Wege ins Ehrenamt lernst du lokale Vereine, Initiativen und Projekte aus den Bereichen Soziales, Umwelt, Geflüchtetenarbeit und Nachbarschaft kennen. An rund zehn Ständen erfährst du, wo Unterstützung gebraucht wird – und wie DU dich einbringen kannst.

Engagement verbindet, schafft Gemeinschaft und stärkt unsere Demokratie.

Komm vorbei, knüpfe neue Kontakte und finde dein Ehrenamt in Köln!

Eintritt frei

Ohne Anmeldung – einfach vorbeikommen

Eine Veranstaltung im Rahmen von „Köln wählt Demokratie“, einem Projekt der Kölner Elf und des Fördervereins der Sparkasse KölnBonn e.V. – #hiermitherz

28. Januar 2026, 13-14:30 Uhr (online): NetzwerkDialog. KI in der kommunalen Bürgerbeteiligung

Künstliche Intelligenz (KI) verändert schon heute kommunale Bürgerbeteiligung, indem sie etwa neue Möglichkeiten für deren barrierefreie Ausgestaltung oder die Auswertung großer Datenmengen eröffnet. Gleichzeitig bringt die Nutzung von KI neue Anforderungen an die Gestaltung von Transparenz, Datenschutz und Risikomanagement mit sich.

Im »NetzwerkDialog« am 28. Januar 2026 möchte [Sebastian Heidrich](#) auf Grundlage seines aktuellen [Newsletter-Beitrags](#) mit interessierten Netzwerker/innen darüber ins Gespräch kommen, wie Kommunen KI bereits in Verwaltungsabläufen und Beteiligungsprozessen einsetzen oder zukünftig verstärkt einsetzen könnten – und welche Chancen, aber auch Grenzen sich dabei abzeichnen. Nach einer Einführung in das Thema sollen aktuelle Entwicklungen und Trends sowie praktische Anwendungsbeispiele aus den Arbeitskontexten der Teilnehmer/innen diskutiert werden.

*Unser Netzwerker Sebastian Heidrich ist Projektmanager für Bürger*innenbeteiligung in der Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg.*

[Hier haben Sie die Möglichkeit, sich kostenfrei anzumelden.](#)

Wir senden Ihnen kurz vor der Veranstaltung einen Einwahllink zu.

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Kölner Freiwilligen Agentur e.V. | Bereich "Politische Partizipation"

Redaktion: Leon Oerder, Boris Sieverts, Dieter Schöffmann (v.i.S.d.P.) | Ausgabe #1/2025 – 17.12.2025

Fotos: Alle Fotos © Kölner Freiwilligen Agentur e.V. – außer wenn anderweitig angegeben

Kölner Freiwilligen Agentur e.V. | Politische Partizipation, Clemensstr. 7, 50676 Köln, 0221 888278-16, beteiligen@koeln-freiwillig.de